



Die Liste der Ausnahmefälle wird immer länger

Regelmäßig werden fremdenfeindliche und antisemitische Fälle aus der FPÖ bekannt, ebenso Nähe zur NS-Ideologie. Der Wechsel in die Regierung änderte daran nichts, wie die aktuelle Auflistung des MKÖ zeigt.

Colette M. Schmidt

Seit Dezember ist die FPÖ Regierungspartei. Oft führt der Wechsel von der Opposition auf die Regierungsbank zu einer neuen Rolle, zum gemäßigten Umgang mit politischen Gegnern, im besten Fall zu weniger Populismus. Eine neue Liste, auf der das Mauthausen-Komitee Österreich (MKÖ) seit der Nationalratswahl sogenannte Einzelfälle – also rechtsextreme, antisemitische oder fremdenfeindliche Vorfälle mit Parteimitgliedern und Funktionären der FPÖ – dokumentierte, spricht nicht für die These des Rollenwechsels. Zum Vergleich: Im Sommer 2017 veröffentlichte das MKÖ eine Liste mit 69 „Einzelfällen“, die über Österreichs hinaus Grenzen für Aufsehen sorgte.

Weniger Zeit, mehr Fälle

Der Beobachtungszeitraum erstreckte sich damals auf viereinhalb Jahre. Es waren Fälle von verbalen Entgleisungen bis zu handfesten Übergriffen dabei. In der neuen Broschüre, die als Update der alten zu verstehen ist, untersucht man nur den Zeitraum von etwa sieben Monaten. Das Resultat: 38 neue Fälle in der Partei von Vizekanzler Heinz-Christian Strache. Der oberösterreichische Nationalratsabgeordnete Gerhard Deimel



Heinz-Christian Strache, hier in Yad Vashem 2016, verurteilt öffentlich den Antisemitismus.

Foto: Reuters / Ronen Zvulun, Faksimile MKÖ

me bezeichnete die Broschüre, die das MKÖ 2017 zu den Fällen publizierte, auf Twitter als „Fake und gelogen“ und musste das wenige Wochen später öffentlich widerrufen. Das MKÖ, die überparteiliche Nachfolgeorganisation der Österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen, hatte ihn geklagt – und konnte jeden einzelnen Fall beweisen.

Die Entgleisungen, die teilweise auch eine Nähe zum NS-Regime aufweisen, haben dabei nicht nur

Einzelfall 87
Der Grazer FPÖ-Vizebürgermeister Mario Eustacchio spricht auf dem rechtsextremen Kongress „Verteidiger Europas“ in Aistersheim. Laut dem rechtsextremen Magazin „Info-Direkt“ kritisiert Eustacchio in seiner Rede die Menschenrechte. Medienberichte darüber lösen in Graz, das sich als Menschenrechtsstadt versteht, massive Proteste aus. Eustacchio behauptet, die Aussage über die Menschenrechte gar nicht getroffen zu haben.

Einzelfall 88
Der FPÖ-Bezirksparteiobmann von Imst, Wolfgang Neururer, wird angezeigt, weil er mit WhatsApp Bilder von Adolf Hitler an andere FPÖ-Mitglieder verschickt hat. Eines der Bilder trägt die Aufschrift „Adolf, bitte melde Dich! Deutschland braucht Dich!“. Neururer behauptet, er habe die Bilder zur „Warnung“ weitergeleitet. Die Staatsanwaltschaft Innsbruck ermittelt gegen ihn und gegen Brigitte Gröber, die geschäftsführende Stadtparteiobfrau der FPÖ Imst. Beide stellen ihre Funktionen und ihre FPÖ-Mitgliedschaft ruhend.

Einzelfall 77
Der Welscher FPÖ-Bürgermeister Andreas Rabl hat Erklärungsbedarf, als öffentlich bekannt wird, dass der frühere Magistratsmitarbeiter Peter S. bei den Personalvertretungswahlen 2014 für die FPÖ-Liste AUF an dritter Stelle kandidiert hat und von 2013 bis Juli 2017 FPÖ-Mitglied war. S. wurde im Dezember 2017 entlassen, weil ein Foto aufgetaucht war, das ihn mit einer Hakenkreuzfahne zeigt. Rabl hatte dazu erklärt, S. sei kein FPÖ-Mitglied, und dessen Kandidatur sowie jahrelange Mitgliedschaft verschwiegen.

Drei von 38 Fällen, die das MKÖ seit Dezember 2017 sammelte und damit die Liste der Einzelfälle, die keine Einzelfälle sind, aktualisierte.

an der Basis zugenommen, sondern auch in den höheren Rängen der Partei. „Acht von 38 sind Mitgliedern der Parteispitze bzw. Mitgliedern der Bundesregierung zuzuordnen, vier weitere engen Mitarbeitern von FPÖ-Ministern“, ist in einer MKÖ-Aussendung zu lesen. Ebenfalls bemerkenswert: Während sich Parteichef Strache Mühe gibt, die Partei israelfreundlich zu positionieren, und Antisemitismus – etwa auf dem Akademikerball – den Kampf angesagt

hat, tritt gerade Antisemitismus in der Partei wieder offener zutage. 14 der neuen Fälle haben antisemitische Bezüge.

Für besonderes Aufsehen sorgte hier etwa das Liederbuch der Burschenschaft Bruna Sudetia, aber auch Verschwörungstheorien über George Soros, die Johann Gudenus ventilierte, und vor allem die Förderung antisemitischer Inhalte der FPÖ durch Inserate in der rechtsextremen Zeitschrift *Aula*. Diese soll nun be-

kanntlich völlig neu aufgestellt werden. 19 der neu gesammelten Fälle richten sich gegen Flüchtlinge und Minderheiten, 15 haben eine Nähe zur NS-Ideologie.

Weihnachtsgrüße von 1943

Dabei haben die „Ausrutscher“ immer Saison – manchmal sogar mit saisonalem Touch: So verschickte etwa ein Gemeinderat aus Niederösterreich auf Facebook Weihnachtsgrüße aus einer NS-Frauenzeitschrift von 1943. Ein anderer likte zu Silvester ein Lied der Musikgruppe Division Germania. Obwohl er leugnete, den Like mit seinem Passwort selbst gesetzt zu haben, wurde er wegen „Gefahr in Verzug“ aus der Partei ausgeschlossen.

Auch Fälle, die DER STANDARD publik machte, stehen in der Broschüre mit dem Titel „Die FPÖ und der Rechtsextremismus – Einzelfälle und Serientäter“. Etwa die mit Schweineblut geschändete Grazer Moschee. Hier wurde bekannt, dass Strache und der steirische FPÖ-Landesparteiobmann und Verteidigungsminister Mario Kunasek im Dezember 2015 persönlichen Kontakt mit dem Chef der „Partei des Volkes“, Thomas K., hatten. K. wurde 2016 verhaftet.

„Adolf, bitte melde Dich! Deutschland braucht Dich!“ – ein Bild mit diesem Text verschickte der Bezirksparteichef von Imst an andere FPÖ-Mitglieder. „Zur Warnung“, wie er meinte. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Die Liste hält nun bei 91 Fällen, die keine Einzelfälle sind. Das alles sei „unvereinbar mit der Demokratie und den Menschenrechten“, kritisiert MKÖ-Vorsitzender Willi Mernyi, zudem „schadet es natürlich Österreich. Was tun die demokratischen Parteien dagegen?“

Kommentar Seite 36

Elf Kranke entgegen Versprechen aus Heim geholt

„Keine humanitären Härtefälle“, sagt FPÖ-Waldhäusl

Irene Brickner

Maria Enzersdorf / St. Pölten – Der 40-jährige, mit fortschreitender multipler Sklerose auf den Rollstuhl angewiesene Algerier Loua Bouratha, der acht Jahre lang im Caritas-Flüchtlingshaus St. Gabriel lebte und dort seine gesamten sozialen Kontakte hat; die 50-jährige, körperlich behinderte und schwer traumatisierte Kosovarinerin Adelina S., die dort vier Jahre lang wohnte: Laut der dem niederösterreichischen Asyllandesrat Gottfried Waldhäusl (FPÖ) unterstehenden zuständigen Abteilung der Landesregierung gehören diese beiden Schwerverkranken, über die DER STANDARD berichtete, nicht zu den „humanitären Fällen“, denen der Politiker am Montag zugesagt hatte, in St. Gabriel bleiben zu dürfen.

Vielmehr wurden sie am Dienstag abgeholt und in andere Flüchtlingshäuser in Niederösterreich gebracht – zusammen mit 22 weiteren Bewohnern, elf davon Menschen mit schweren Gesundheitsproblemen. Für die Caritas ist das völlig unverständlich: „Wer, wenn nicht diese Personen, sind humanitäre Härtefälle?“, fragt Klaus Schwertner, Geschäftsführer der für St. Gabriel verantwortlichen Caritas der Erzdiözese Wien.

Caritas sucht weiter das Gespräch

Am Montag, so Schwertner, hätten er und andere Caritas-Mitarbeiter mit Waldhäusl „ein gutes und langes persönliches Gespräch geführt“. Der Politiker habe versichert, dass die Einrichtung in St. Gabriel nicht geleert und geschlossen, sondern aus Sicherheitsgründen – Anfang Mai hatte ein Heiminsasse aus Nigeria einen Mitbewohner aus Afghanistan getötet – verkleinert werden solle. „Wir müssen rasch weitere Gespräche führen, um weiteres menschliches Leid zu verhindern“, sagt Schwertner mit Blick auf zwei für 25. Juni und 23. Juli avisierte neuerliche Abholtermine.

Im Büro Waldhäusl winkt eine Sprecherin ab. Nicht ihr Chef entscheide, wer als Härtefall gelte – sondern besagte Abteilung, sagt sie: „Waldhäusl selbst mischt sich da nicht ein.“

Kinderbuch als Mittel im Kampf der Händler gegen den 13A in der Neubaugasse

Wien – „Er hat Angst, denn er soll gegen die Einbahn fahren“, lautet der Untertitel des Buches *Unser 13A in Not*, das am Dienstag präsentiert wurde. Gestaltet wurde es vom Einkaufsstraßenverein Neubaugasse, der „auf lustige und unterhaltsame Weise auf das Problem aufmerksam machen“ will, wenn der 13A in beide Richtungen durch die Neubaugasse fährt.

Schon seit mehreren Wochen gehen in Wiens siebentem Bezirk die Wogen hoch. Wie berichtet, kann der 13A während des Ausbaus der U-Bahn-Linie U2 zwischen 2019 und 2026 nicht durch die Kirchengasse fahren. Das Büchlein liegt nun in allen Geschäften der Neubaugasse auf – und soll schon die jüngsten Bewohner des Bezirks mit der Thematik vertraut machen. Geschäftstreibende fürchten Einbußen.

Die Wiener Linien kündigten an, den Bus zur Not zweizuteilen: Der 13B würde zwischen Alser Straße und Burggasse verkehren, der 13A zwischen Neubaugasse und Hauptbahnhof. Das letzte Wort scheint noch nicht gesprochen. Laut *Presse* steht eine Route über Nelkengasse und Zollergasse im Raum. (rwh)



Nicht nur das Buch wurde gestaltet, auch eine Petition mit 2500 Unterschriften übergeben.

Kritik an Änderungen für Kinder- und Jugendhilfe

Experten und Praktiker sind gegen Regierungspläne

Wien – Eigentlich sollen die von Regierung und Ländern geplanten „Kompetenzentflechtungen“ zu Vereinfachungen im Rechtssystem führen. In der Kinder- und Jugendhilfe sorgen die geplanten Änderungen allerdings für breite Kritik: Sowohl Kinder- und Jugendanwältinnen als auch der Dachverband der Kinderhilfeeinrichtungen und die Volksanwaltschaft halten die „Veränderung“ für keine gute Idee.

Konkret geht es um den Artikel 12 der Verfassung, der es dem Bund derzeit erlaubt, einheitliche Vorgaben durch ein Grundsatzgesetz zu formulieren, an die sich die Bundesländer halten müssen – etwa bei der Mindestsicherung. Diese Möglichkeit soll nun bei der „Mutterschafts-, Säuglings- und Jugendfürsorge“ gestrichen werden. Ein Großteil der Bundesvorgaben würde somit wegfallen.

Diese Vorgaben finden sich im „Kinder- und Jugendhilfegesetz“: etwa ein Vier-Augen-Prinzip bei Gefährdungsabklärungen sowie verpflichtende „Erziehungshilfen“ – im Extremfall bis zum Entzug des Sorgerechts.

In der Praxis wird nun befürchtet, dass es nicht nur zu unterschiedlichen, sondern auch zu geringeren Standards im Umgang mit gefährdeten Kindern und Jugendlichen kommen könnte. „Die überfallsartig geplante Kompetenzabgabe in diesem Bereich an die Länder entspricht einer Kindesweglegung ersten Ranges“, sagt Christoph Hagspiel, Präsident der Kinderliga. Auch der Dachverband der Österreichischen Kinder- und Jugendwohlfahrtseinrichtungen sowie die Kinder- und Jugendanwaltschaft sprechen sich gegen die Änderungen aus. Der Entwurf sei ohne Diskussion mit Praktikern entstanden.

Deutliche Worte findet auch Volksanwalt Günther Kräuter: „Wir haben derzeit schon ein Riesendurcheinander mit unterschiedlichen Qualitätsstandards. Wenn jetzt die Länder alle machen, wie sie das gerade finanzieren können oder für richtig halten, wäre das ein dramatischer Rückschritt.“ Am Donnerstag wird Kräuter weitere Kritikpunkte – etwa inwiefern die Änderungen der UN-Kinderrechtskonvention widersprechen würden – präsentieren. (lhag)